



Rede der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, anlässlich der Veranstaltung der IHK Schwerin am 09.Juni 2005

Anrede,

ein kollektives Vorurteil, das in der Familienpolitik vielerorts noch mächtigen Einfluss hat, sagt: Wo viele Frauen Hausfrauen sind, gibt es viele Kinder. Richtig ist jedoch das Gegenteil: Wo viele Frauen erwerbstätig sind, gibt es mehr Kinder. In Deutschland haben wir eine unterdurchschnittliche Frauenerwerbstätigkeit und gleichzeitig mit wenigen anderen Staaten die weltweit höchste Kinderlosigkeit und eine der niedrigsten Geburtenraten in der EU. Dies gilt für Männer und Frauen. Tatsächlich wird der Anteil kinderloser Akademikerinnen über 40 nur noch von dem ihrer männlichen Kollegen im gleichen Alter übertroffen. Und Männer jenseits der 45 werden entgegen landläufiger Meinung nur sehr selten noch Väter.

Warum die Kinderlosigkeit bei Männern noch höher ist als bei Frauen, darüber wissen wir noch vergleichsweise wenig. Eines hat jedoch der Vorsitzende unserer Familienberichtskommission Prof. Hans Bertram in seiner neuen Studie herausgestellt: Die Loslösung vom Elternhaus fällt Männern deutlich schwerer als Frauen. Ein Großteil der Männer verlassen erst jenseits des 27. Lebensjahres das „Hotel Mama“. Der Wunsch und die Entscheidung, eine eigene Familie zu gründen, werden dadurch immer weiter aufgeschoben.

Über Frauen wissen wir mehr: Sie sind gut ausgebildet, sie wollen Erfolg im Beruf und ein Familienleben mit Kindern – in großer Mehrheit beides, nicht Entweder-Oder. Insbesondere in den neuen Ländern spüre ich eine hohe Motivation der Frauen und Mütter, die arbeiten wollen, auch wenn sie Kinder haben.

In Deutschland ist leider nahezu nur ein Lebensmodell umsetzbar: Nach der Ausbildung folgt die entscheidende Einstiegsphase im Beruf genau dann, wenn auch die Entscheidung für Kinder getroffen werden muss. Kinderlosigkeit ist oft die Folge: kein bewusstes „Ich will keine Kinder haben“, sondern ein Verschieben. Dabei ist diese Erst-mal-Strategie (erstmal der Beruf, erstmal die Karriere, erstmal die Anschaffungen) die Antwort auf Bedingungen, die individuell schwer zu beeinflussen sind.

Lange Ausbildungszeiten, zu wenig unterstützende Infrastruktur, überholte Anreize in der materiellen Förderung von jungen Familien wirken dabei als natürliche Verhütungsmittel. Dabei wünschen sich junge Menschen durchschnittlich 1,8 Kinder. Aber immer weniger Familien bekommen mehr als zwei Kinder.

Abnehmende Geburtenraten in Ostdeutschland

In Ostdeutschland haben wir seit 1990 einen historisch einmaligen Rückgang der Geburtenzahlen erlebt. Mit 1,2 Geburten pro Frau liegt Mecklenburg-Vorpommern unter dem Bundesdurchschnitt und weit entfernt von früheren Spitzenwerten. Noch 1990 lag die Geburtenrate bei 1,64 Kindern pro Frau. Damit belegte das Bundesland den Spitzenplatz in der Republik. Zwar besitzt es den höchsten Jugendanteil der ostdeutschen Bundesländer. Auch der Anteil über 65-jähriger ist hier

am geringsten. Doch bereits in 15 Jahren werden die Älteren dominieren, weil immer weniger Kinder geboren werden und viele junge Menschen abwandern.

Zwei Millionen Menschen haben seit 1991 die neuen Bundesländer verlassen. Zugleich – das ist vielleicht weniger bekannt – sind rund 1,2 Millionen den umgekehrten Weg von Westen nach Osten gegangen. Dennoch: Der Nettoverlust von fast 850.000 Menschen hat in den stark betroffenen Regionen einen einschneidenden Wandel zur Folge.

Fatal ist: Mecklenburg-Vorpommern hat den größten Verlust an Frauen zu verzeichnen. Bereits heute sind durch Abwanderung von jungen gut ausgebildeten Menschen - insbesondere auch der jungen Frauen- viele Lehrstellen unbesetzt und es fehlen Fachkräfte. Dies wird sich in Zukunft noch verschärfen, wenn dem nicht gezielt entgegengewirkt wird.

Familienfreundlichkeit ist Standortfaktor der Zukunft

Deshalb ist es wichtig, Familienfreundlichkeit als Standortfaktor ernst zu nehmen. Nicht nur Unternehmen, auch Familien haben Standortbedürfnisse: Arbeitsplätze, Schulen, Schulwege, Verkehr, Kinderbetreuung, Gesundheitsfürsorge, Freizeit – um nur einige Faktoren zu nennen. Wo es zu wenig davon gibt, werden sich kaum junge Familien und besonders gut ausgebildete Menschen ansiedeln. Und wo der Bildungsgrad sinkt und qualifiziertes Personal fehlt, wird kaum ein Industrieunternehmen investieren.

Weniger Kinder bedeuten weniger Zukunft und zwar für das ganze Land. Die OECD geht davon aus, dass - vorausgesetzt, es werden keine speziellen Maßnahmen ergriffen - in der Europäischen Union die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandprodukts von heute etwa 2,3 Prozent auf nur noch rund 0,5 Prozent ab 2030 sinkt.

Familie ist Innovationsmotor! Das haben weite Teile von Wirtschaft und Gesellschaft erkannt und deshalb erfährt das Thema der Balance von Familie und Beruf Hochkonjunktur in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen politischen Debatten. Unternehmen, Wirtschaftsverbände und ganz besonders auch die IKHs sind für mich ganz wichtige Partner in Sachen Familienfreundlichkeit geworden. Allein die Tatsache, dass ich heute hier mit Ihnen zusammen treffe, zeigt, dass Sie sich darüber bewusst sind, dass Familienfreundlichkeit eine wichtige Dimension für eine zukunftsfähige Gesellschaft darstellt. Und dass ihre Gestaltung in *gemeinsamer* Verantwortung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft liegt. Es gibt gemeinsame Interessen, die wir zu strategischen Kooperationen nutzen sollten.

Dazu meine 1. These: Familie bringt Gewinn!

Von einer besseren Balance von Familie und Arbeitswelt profitieren

- Die Familien, denn sie werden bei der Koordination von Berufs- und Privatleben entlastet.
- Der Staat, weil er durch eine höhere Erwerbsbeteiligung Steuern und Sozialabgaben einnimmt.
- Die Unternehmen, für die eine familienorientierte Personalpolitik Kosteneinsparungen und Wettbewerbsvorteile bringt.

Die Prognos AG hat im Jahr 2003 zehn „typische“ mittlere Unternehmen untersucht. Ausgewählt haben wir die Unternehmen in Abstimmung mit dem DIHK. Wir wollten den Kosten/Nutzen- Effekt familienfreundlicher Maßnahmen in Unternehmen herausfinden. Das Ergebnis ist beeindruckend: Unternehmen, die in Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf investieren, können mit einer Rendite von 25 Prozent rechnen. So sinken durch eine höhere Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Beispiel nicht nur Personalbeschaffungs- und Einarbeitungskosten, sondern auch Fehlzeiten und Krankheitsquote. Außerdem haben familienfreundliche Maßnahmen einen eindeutigen Marketingeffekt.

Familienfreundliche Personalpolitik ist ein gutes Geschäft. Nicht nur für mittelgroße Unternehmen. In einer in Deutschland bisher einzigartigen Kooperation hat sich mein Ministerium mit acht

deutschen Großunternehmen zusammengetan: mit Vattenfall Europe, der Deutschen Telekom, Fraport, Commerzbank, Voith, DaimlerChrysler, Bertelsmann und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte.

Gemeinsam ist überprüft worden, welche positiven Effekte Work-Life-Balance-Maßnahmen - im Kern Familienfreundlichkeit - auf die Unternehmen, ihre Beschäftigten und – hochgerechnet - auf die Volkswirtschaft haben. Ergebnisse und Schlussfolgerungen werde ich in fünf Tagen gemeinsam mit BDI-Präsident Jürgen Thumann vorstellen. So viel kann ich jetzt schon verraten: Sie sind beeindruckend. Die positive Bewertung gilt auch für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung: Wirtschaftswissenschaftler haben errechnet, dass das reale BIP in den nächsten Jahrzehnten in bis zu dreistelliger Milliardenhöhe höher ausfiele, wenn die Geburtenziffer um ein Viertel ansteigen würde.

Deshalb meine 2. These:

Wir brauchen den Politikwechsel zu einer nachhaltigen Familienpolitik, die Priorität auf Infrastruktur statt auf monetäre Leistungen setzt.

Ich bin fest davon überzeugt: Wir können es schaffen, einen deutlichen Anstieg der Geburtenrate zu bewirken. Zu diesem Ergebnis kommt auch die bereits eingangs erwähnte Studie von Prof. Bertram. Das Instrument dazu haben wir bereits: Eine neue, nachhaltige Familienpolitik, die Familien vom Wahlzwang „Kind oder Beruf“ bzw. „Kind oder Karriere“ befreit. Eine Familienpolitik, die den Menschen Perspektiven eröffnet und wieder Mut zum Kind macht.

Familien nachhaltig zu fördern und zu unterstützen bedeutet anzusetzen bei:

- einer bessere Balance von Familie und Arbeitswelt, die eine Entzerrung der Lebenswege und die Vielfalt von Lebensmodellen zulässt und als Folge davon:
- bei der Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der jetzigen und der künftigen hervorragend ausgebildeten Frauen und Mütter durch das Schaffen besserer Rahmenbedingungen – auch für Väter, die ihre Verantwortung in der Familie wahrnehmen wollen. Dies erreichen wir nur durch einen Politik-Mix aus Infrastruktur, Geld und Zeit

Auch dank der starken Unterstützung aus der Wirtschaft und von den Gewerkschaften konnte unser Tagesbetreuungsausbaugesetz im Januar in Kraft treten. Bis 2010 wollen wir das westeuropäische Niveau für Kinder aller Altersgruppen in Deutschland erreichen. Dabei müssen wir alles daran setzen, das in Ostdeutschland bereits bestehende gute Betreuungsangebot auch für Krippenkinder zu erhalten.

Das bedarfsgerechte und qualitätsorientierte Angebot an Kinderbetreuung – auch und gerade für Kinder unter drei Jahren - hat oberste Priorität: Es erleichtert Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ist Voraussetzung dafür, dass unsere hoch qualifizierten Frauen auch *mit* Kind dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und es gewährleistet eine gute Förderung von Kindern, die für ihre Entwicklung entscheidend ist, wie wir spätestens seit PISA wissen.

Die Krippenkinderbetreuungsquote von 37,6 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern ist im Bundesvergleich traumhaft hoch. Wir müssen alles tun, um sie trotz schwieriger Finanzen zu erhalten. Denn im weiten Teilen Deutschlands sieht es deutlich anders aus: In Westdeutschland z.B. haben wir insgesamt gerade einmal eine Versorgungsquote bei Krippenplätzen für 2,7 Prozent der Kinder und rund 4,5 Prozent bei Tagesmüttern. Der Versorgungsgrad hat sich im Zeitraum 1994 bis 2002 – also in 8 Jahren – um 1,5 Prozent verbessert. Bei diesem Tempo würde es weitere 120 Jahre dauern, um die französische, 160 Jahre um die ostdeutsche und 304 Jahre, um die dänische Versorgungsquote zu erreichen.

Ich will Ihnen hier nun aber bestimmt nicht erzählen, dass, wenn wir, wie in einen Glücksspielautomaten, oben mehr Kinderbetreuung reinstecken, unten automatisch gleich mehr Kinder rauskommen. Denn die Ursachen sind zu unterschiedlich: in den neuen Bundesländern sind insbesondere Frauen ohne beruflichen Ausbildungsabschluss kinderlos. In den alten Bundesländern sind es vor allem die Akademiker und Akademikerinnen. Neben einem ungenügenden Kinderbetreuungsangebot spielen somit auch die wirtschaftliche Sicherheit für

Familien und Karrieremöglichkeiten eine wichtige Rolle bei der Entscheidung für oder gegen Kinder.

Wir wollen deshalb eine neue Art der Geldleistungen an Eltern entwickeln – stärker an den Bedürfnissen der Familien in unterschiedlichen Lebensphasen orientiert und damit wirksamer in der Unterstützung. Schweden praktiziert als erstes Land ein Elterngeld, das im ersten Lebensjahr des Kindes bis zu zwei Drittel des vorherigen Erwerbseinkommens ersetzt. Andere europäische Länder sind gefolgt, erfolgreich, auch was die Geburtenziffern angeht.

Die Bundesregierung plant ein Gesetz für eine Umwandlung unseres Erziehungsgeldes in ein Elterngeld, das zeitlich versetzt zum Ausbau der Kinderbetreuung Anfang 2008 in Kraft treten soll. Ziel ist es, die Entscheidung für ein Kind zu erleichtern und die Unterbrechungszeiträume zu verkürzen. Dies wird durch den Ausbau der Kinderbetreuung, durch ein stärkeres Einbeziehen der Väter und ein auf ein Jahr befristetes Elterngeld erreicht werden. Die Elternzeit mit Jobgarantie werden wir nicht verkürzen.

Aber auch das wird nicht ausreichen. Wenn wir wollen, dass in Deutschland wieder mehr Kinder geboren werden, brauchen wir auch eine familienorientierte Unternehmenskultur und Personalpolitik. Beides liegt in der Verantwortung der Unternehmen, die am besten entscheiden können, welche Maßnahmen für sie praktikabel sind.

Keine Familie, keine Mutter, kein Vater, stellt sich vor, die Kinder nach der Geburt in einer Krippe oder bei einer Tagesmutter abzugeben, um sie mit 18 Jahren mit den gewünschten Qualitätsmerkmalen aus einer Ganztagschule abzuholen. Denn Kinder und Eltern brauchen Zeit füreinander. Zeit ist das Zauberwort für ein geglücktes Familienleben. 70 Prozent der Mütter, die zu Hause sind, wären lieber erwerbstätig. Jeder dritte Vater wünscht sich mehr Zeit für sich und seine Familie.

Wir können nicht länger so tun, als hätte sich in den letzten 40 Jahren in diesem Land nichts bewegt. Junge Frauen und Männer wollen heute beides: Erfolg im Beruf und ein Familienleben mit Kindern. Von Frauen, die sich entschließen, sowohl erwerbstätig zu sein als auch Kinder zu haben, wird jedoch erwartet, hundert Prozent im Beruf zu leisten, hundert Prozent Partnerin und auch hundert Prozent Mutter zu sein. Innerhalb kürzester Zeit kann das dazu führen, dass die Frau ein dreihundertprozentiges Wrack ist. Hier, meine Herren und Damen, ist der Mut der Unternehmen gefordert, durch eine familienfreundliche Unternehmenskultur eine Balance von Familie und Arbeitswelt herzustellen. Nötig sind meist weniger finanzielle Mittel als strukturelle Veränderungen, gerade auf Führungsebenen.

Die Palette an familienorientierten Möglichkeiten ist bunt - von der flexiblen Arbeitszeitgestaltung, über Eltern-Kind-Büros und Notfallbetreuung bis zu Kontakthalteangeboten in der Babypause. Dass Familienfreundlichkeit in Unternehmen keine Frage der Größe ist, zeigt das "Checkheft Familienfreundliche Personalpolitik", das mein Ministerium zusammen mit dem DIHK und der Hertie-Stiftung herausgegeben hat. Es ist die am meisten nachgefragte Veröffentlichung beim DIHK: 50 000 Exemplare wurden schon abgerufen. In ihm finden sich praxisnahe Empfehlungen, wie familienorientierte Personalpolitik in kleinen und mittleren Unternehmen aussehen kann ohne hohen finanziellen und personellen Aufwand.

Ich komme zu meiner dritten These:

Nachhaltige Familienpolitik wird nur wirksam durch strategische Kooperationen.

Ich will keine zusätzlichen Gesetze. Mir geht um einen Mentalitätswechsel und um innovationsfördernde Kooperationen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf freiwilliger Basis. Deshalb habe ich vor zwei Jahren mit allen vier Spitzenverbänden der Wirtschaft und den Gewerkschaften die „Allianz für die Familie“ ins Leben gerufen. Unter ihrem Dach sind mittelfristig angelegte Initiativen für eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt gebündelt. Unterlegt durch ökonomische Studien und Gutachten arbeiten wir gemeinsam ehrgeizig an dem Ziel, Deutschland zum familienfreundlichsten Land Europas zu machen.

Für die nächsten beiden Jahre haben wir uns drei Initiativen vorgenommen: Zum einen wollen wir betrieblich unterstützte Kinderbetreuung stärker nutzen, zum zweiten die Bedingungen für den Wiedereinstieg nach der Familienphase verbessern und drittens schlagen wir vor, familienfreundliche Maßnahmen stärker in betrieblichen Vereinbarungen zu verankern.

Meine vierte und letzte These:

Nachhaltige Familienpolitik ist auch Standortpolitik und braucht Initiative vor Ort.

Familienfreundlichkeit lässt sich am besten dort erreichen, wo man die Situation der Familien am besten kennt: vor Ort in den Städten, Gemeinden und Regionen. Die von mir angestoßene Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ ist der operative Unterbau der „Allianz“. Hierin schließen sich Politik und Verwaltung, Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften, Verbände, Vereine, Einrichtungen und Initiativen auf lokaler Ebene zusammen, um etwas für Familien zu bewirken. Die Initiative hat sich schon in einem knappen Jahr zur Erfolgsgeschichte entwickelt. Das Servicebüro berät derzeit an 311 Standorten. 153 Bündnisse haben sich der Initiative bereits angeschlossen.

Mittlerweile beteiligt sich schon etwa die Hälfte aller IHKs an Lokalen Bündnissen für Familie. Auch die Regierung von Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die Initiative und ruft landesweit zur Teilnahme auf. Auf Rügen plant das dortige Lokale Bündnis ein inselweites Netz von flexiblen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von Schichtarbeitern und Schichtarbeiterinnen, von Touristen und Touristinnen. Neben der Wirtschaft und dem Landkreis sind viele gemeinnützige, karitative Organisationen am Bündnis beteiligt. Angedacht ist, bestehende Kindereinrichtungen länger zu öffnen und einen Babysitterservice einzurichten, bei dem bedarfsgerecht Hilfe angefordert werden kann. Die Bündnisarbeit wird Rügen für Gäste noch attraktiver machen. Als einer von vier so genannten „Innovationspiloten“ im Rahmen der Bündnisinitiative wird das Projekt von meinem Haus und vom Europäischen Sozialfond unterstützt.

Die schlechten Vereinbarungsmöglichkeiten von Kindern und Beruf sind nur ein Grund, allerdings ein wichtiger Grund für die niedrigen Geburtenraten. Aber es fehlt auch an Optimismus in unserer Gesellschaft. Hohe Arbeitslosigkeit und schwankende Konjunkturentwicklungen verstärken diese Tendenz. Nur eine dynamische und optimistische Gesellschaft bringt Wachstum hervor. Und Wachstum ist das Ergebnis stimmiger Verhältnisse. Um die Potentiale unseres Landes voll auszuschöpfen, müssen wir alle an einem Strang ziehen. Deshalb sollten wir, die wir Kinder haben, etwas weniger über die Lasten, Sorgen und Benachteiligungen durch Kinder und Familie reden, und etwas mehr davon, was Familie vor allem ist: Freude und Lebenserfüllung - unsere gemeinsame Zukunft.